**Rede von
Frau Ministerpräsidentin Hannelore Kraft
bei der Veranstaltung zum 80. Geburtstag von Johannes Rau**

am 17. Januar 2011

im K21 in Düsseldorf

Anrede,

ich begrüße Sie alle ganz herzlich hier im K21.

Das ist ein guter Ort, um an Johannes Rau zu erinnern, um uns die Frage zu stellen, was von seinem Wirken bleibt.

Denn hier, im ehemaligen Ständehaus, war Johannes Rau von 1958 bis 1988, 30 Jahre lang, Landtagsabgeordneter.

Insgesamt 41 Jahre gehörte er dem Landesparlament an, bei acht Landtagswahlen hat er seinen Wahlkreis Wuppertal III gewonnen.

Er war acht Jahre Minister, zwanzig Jahre Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen. Mit 68 Jahren, am 1. Juli 1999, wurde er als Bundespräsident vereidigt. Da hatte er fast ein halbes Jahrhundert lang politische Erfahrung und eine beispiellose Karriere hinter sich.

Und doch sind heute nicht seine Ämter, seine Erfolge, seine Auszeichnungen für diejenigen entscheidend, die mit ihm eine Strecke des Weges gegangen sind.

Für alle, die Johannes Rau kannten, die ihn erlebt haben, von denen hier etliche versammelt sind, steht die Erinnerung *an den Menschen* Johannes Rau im Vordergrund.

Seine besondere Art zu sprechen, seine eindringliche Stimme, seine Kunst, zuzuhören, seine Zugewandtheit, sein Humor.

Es sind viele, denen er im Laufe seines so außerordentlich aktiven Lebens begegnet ist. Und das Unglaubliche bei Johannes Rau war: Er konnte sich an jede und jeden erinnern. Damit hat er immer wieder für Verblüffung gesorgt.

Er war so etwas wie ein soziales Netzwerk auf zwei Beinen, vielleicht nicht mit 500 Millionen Mitgliedern oder hunderten sogenannter „Freunde“, aber mit unfassbar

vielen Verbindungen – und bei *ihm* konnte man immer sicher sein, was Diskretion und Zuverlässigkeit anging.

Die Menschen haben ihm vertraut, sie wussten: Hier ist jemand, auf den Verlass ist, der sich kümmert, der nicht leichtfertig etwas verspricht, bei dem jedes Wort noch ein Gewicht hat.

Auch fünf Jahre nach seinem Tod (am 27. Januar 2006) ist er allen unvergessen, die ihn kannten. Es wäre schön gewesen, wenn wir mit ihm am 16. Januar seinen 80. Geburtstag hätten feiern können. Das wäre eine große Feier geworden.

Ich glaube, es ist richtig zu sagen: Einen Politiker mit einer solch unmittelbaren, starken Anziehungskraft auf Menschen – und zwar über alle politischen Lager hinweg - hat es in der Bundesrepublik sonst nicht gegeben.

Man hat ihn zu Recht als „Menschenfischer“ und als „Genie der Zuwendung“ bezeichnet. Gerade in dieser Eigenschaft war er unnachahmlich, ein Unikat, nicht kopierbar. Hier können wir uns nur dankbar erinnern.

Aber in dem, was er für politische Schwerpunkte gesetzt hat, auch in dem Stil, in dem er Politik gemacht hat, können wir nach dem suchen, was heute und künftig gültig ist. Das ist die Frage: Wie gehen wir mit seinem geistigen und politischen Erbe um?

Vielleicht hat die große Persönlichkeit des Johannes Rau ein wenig verdeckt, wie sehr er auch in seiner konkreten Politik Maßstäbe gesetzt hat, die uns weiter Orientierung geben können.

(Der Mensch als Maßstab)

Johannes Rau wurde nicht müde, auf den alles entscheidenden Punkt hinzuweisen. Immer wieder hat er gesagt:

„Wir müssen deutlich machen: Politik, die nicht das Ziel hat, das Leben der Menschen menschlicher zu machen, soll sich zum Teufel scheren, ob sie schwarz oder rot oder grün oder gelb ist. Das Ziel der Politik ist, das Leben der Menschen menschlicher zu machen.“ (Hier zitiert aus der Rede von Bundespräsident Johannes Rau bei der 10. Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland am 6. November 2003.)

Das heißt, wir dürfen nicht irgendwelchen Fetischen hinterher jagen, nicht der Zahl der Autobahnkilometer, nicht der Frage, wie viele Millionen in eine politische „Maßnahme“ gesteckt wurden, nicht der Menge der Aktionspläne, Programme oder Gesetze, die wir verabschiedet haben, sondern müssen immer wieder fragen: Und? Hat es was gebracht? Ist für irgendeinen Menschen mit Gesicht und Namen etwas besser geworden? Oder ist zumindest eine Verbesserung vorbereitet?

Wir dürfen im politischen Betrieb nicht um uns selbst kreisen, nicht in Selbstbeschäftigung versinken, wir müssen dafür sorgen, dass von unseren durchaus großen Anstrengungen mehr bei den Menschen ankommt. Das heißt: Wir müssen wieder lernen, die Wirkungsketten unseres Handelns bis zu ihrem eigentlichen Ziel zu denken: Bis dahin, wo sie konkret nutzen.

Darum waren Johannes Rau die vielen Gespräche auch außerhalb der Politik so wichtig, darum hat er (oft zur Verzweiflung seiner Umgebung) so intensiv gelesen, was Bürgerinnen und Bürger ihm schrieben, weil er wissen wollte, wie es wirklich bei denjenigen steht, auf die politisches Handeln gerichtet sein muss.

Johannes Rau ist nie den Abbildern des Fortschritts hinterhergelaufen, weil er an menschliches Maß gebunden war. Das ist ein Maßstab, der bleibt, eigentlich gibt es gar keinen anderen. Wir dürfen ihn nicht aus der Hand legen.

(Der Mensch als Maßstab - auch in der Wirtschaft)

Wir müssen diesen Maßstab namentlich auf die Wirtschaft anwenden. Johannes Rau hat das getan, auch zu Zeiten, als manche das für antiquiert hielten.

Sein Beharren auf eine menschenfreundliche Wirtschaft war nicht immer bequem, auch nicht für ihn selbst. Das wurde besonders deutlich nachdem er sein Amt als Bundespräsident angetreten hatte:

„Er vermochte sich anfangs nur wenig Gehör zu verschaffen; und wer ihm zuhörte, glaubte altvertrauten Weisen aus der seligen rheinischen Republik zu lauschen. In die politischen Charts kam man damals, im Börsen- und Millennium-Fieberwahn, nur als knalliger Marschall Vorwärts. Rau schien betulich und wie von gestern. Die Einschätzung legte sich, je länger Rau präsierte (...).“ schrieb Rheinhold Michels in dem Heft „Johannes Rau. Zur Erinnerung“, in dem Journalisten und Freunde im Februar 2006 sein Lebenswerk gewürdigt haben.

Ich bin sicher: Die Einschätzung, es sei antiquiert, eine Wirtschaft nach menschlichem Maß zu verlangen, hat sich im Rückblick vollends gelegt, zumal nach dem Beinahe-Crash im Herbst 2008 mit all seinen schlimmen Konsequenzen.

Johannes Rau war gewiss nie ein Wirtschaftspolitiker im engeren Sinne, aber vielleicht konnte er gerade deshalb als Ministerpräsident eine außerordentlich erfolgreiche Strukturpolitik in Gang setzen. Eine Politik, die die Menschen forderte, aber nicht überforderte, bei der sie nicht unter die Räder kamen.

Als Johannes Rau 1978 Ministerpräsident wurde, hatte die Krise bei Eisen und Stahl erst begonnen. Im Mai 1979 rief Rau zu einer großen Ruhrgebietskonferenz in Castrop-Rauxel, mit den Oberbürgermeistern der großen Revierstädte, den Industrie- und Handelskammern, den Kirchen und Gewerkschaften.

Diese Konferenz war der Startschuss für einen Strukturwandel im Ruhrgebiet, der auf die Umwandlung alter Industrieflächen in Gewerbeparks, Grünflächen und Wohnsiedlungen setzte, auf neue Branchen und neue Technologien, auf die Stärkung des Dienstleistungssektors und den Ausbau von Wissenschaft und Forschung.

Wohl genauso wichtig aber war der Mentalitätswandel im Revier, wie der frühere Duisburger Oberbürgermeister Josef Krings sagte:

„Die Ruhrgebietskonferenz schuf Bewusstsein; Problembewusstsein und Solidaritätsbewusstsein, auch Selbstbewusstsein ... Rau vermittelte Hoffnung. Das Revier vergaß das nicht.“¹

Das Revier vergaß das nicht, und es veränderte sich. Stück für Stück, Monat für Monat, Jahr für Jahr. Der Strukturwandel war und bleibt ein steiniger Weg. Nicht alles ist gelungen, nicht alles konnte gelingen. Aber es ist vieles gelungen, was zu Beginn der Ära Rau niemand für möglich gehalten hatte.

Etwa einen solchen Erfolg, wie ihn die Internationale Bauausstellung Emscher Park dann tatsächlich gebracht hat.

Die Spuren dieses Projektes, das 1989 gestartet wurde und das auf zehn Jahre angelegt war, sind bis heute sichtbar. Die IBA hat gezeigt, dass sich eine von der Industrie verbrauchte Landschaft von immerhin 300 Quadratkilometern erneuern lässt.

Erst die IBA hat den Weg für viele weitere erfolgreiche Vorhaben geebnet: Ohne die IBA wohl keine Route der Industriekultur, keine ExtraSchicht oder Ruhrtriennale.

Und sicher wäre auch das phantastische Jahr der Kulturhauptstadt Europas RUHR.2010 ohne die Erfahrung und Projekte der IBA (u.a. die Jahrhunderthalle in Bochum, der Gasometer in Oberhausen, der Landschaftspark Duisburg-Nord in Meiderich) kaum denkbar.

Auf diesem Fundament können wir aufbauen und weiterbauen. Das Ruhrgebiet hat die Chance, zu einer starken Metropolregion im Herzen des Industrielandes Nordrhein-Westfalen zu werden.

Von ihm kann sogar die nächste Revolution des 21. Jahrhunderts ausgehen: die ökologisch-industrielle Revolution. Deshalb wollen wir auch eine „EXPO Fortschrittsmotor Klimaschutz“ ins Ruhrgebiet holen. In diesem weltweiten

1 Zitiert aus: Josef Krings, Impressionen – Gedanken, in: Werner Filmer / Heribert Schwan, Johannes Rau. Düsseldorf / Wien 1986, S. 252-257, hier S. 254.

Schaufenster wollen wir zeigen, was hier möglich ist und dass wir immer noch eine Schuppe drauflegen können.

Wir sind hier als Land gefordert. Ich sage aber auch: Der Wandel kann nur gelingen, wenn ihn die Verantwortlichen als gemeinsame Aufgabe begreifen und die Solidarität in Zusammenarbeit einüben. Das Jahr der Kulturhauptstadt hat uns doch gezeigt, was dann alles möglich ist.

Wohl nirgendwo sonst ist ein vergleichbar tiefer Strukturwandel besser gelungen als bei uns in Nordrhein-Westfalen. Ein Blick in die alten Steinkohlereviere im Norden Englands oder in alte Industrieregionen bei unseren französischen und belgischen Nachbarn zeigt: Wir brauchen uns wirklich nicht mit dem zu verstecken, was hierzulande an Wandel und Modernisierung gelungen ist.

Das also ist für mich die zweite Verpflichtung, die sich aus dem Wirken von Johannes Rau ergibt: Auf einer Wirtschaft nach menschlichem Maß beharren, Wandel nicht über die Köpfe der Menschen hinweg organisieren, sondern gemeinsam mit ihnen.

(Starke, handlungsfähige Kommunen für Lebensqualität und Demokratie entscheidend.)

Ein Charakteristikum der IBA war die starke Rolle der beteiligten 17 Kommunen des Ruhrgebiets (Duisburg, Oberhausen, Mülheim an der Ruhr, Bottrop, Essen, Gladbeck, Bochum, Gelsenkirchen, Recklinghausen, Herne, Herten, Castrop-Rauxel, Waltrop, Lünen, Dortmund, Kamen und Bergkamen).

Johannes Rau wusste, wie wichtig die Beteiligung der Städte und Gemeinden für erfolgreiche Politik war. Vor allem wusste er, dass die Lebensqualität der Menschen entscheidend davon abhängt, wie gut es den Kommunen geht, in denen sie leben.

Er hat oft gesagt, das schönste seiner Ämter sei das des Wuppertaler Oberbürgermeisters gewesen. Das war keine Koketterie. Das war Überzeugung. Darum würde es ihn sicher bedrücken, wenn er sähe, wie schwer die finanzielle Situation für viele Kommunen geworden ist. Dass sie es kaum noch schaffen, ihren sozialen Verpflichtungen gerecht zu werden, ihre kulturelle und sogar technische Infrastruktur zu erhalten.

Wir müssen alles tun, um das Ausbluten unserer Städte und Gemeinden zu stoppen. Denn es ist auch für unsere Demokratie gefährlich, wenn die Entscheidungsspielräume an ihrer Lebensbasis, und das sind die Kommunen, immer kleiner werden. Das trocknet Demokratie von unten aus. Schon jetzt ist die Wahlbeteiligung in sozial benachteiligten Vierteln erschreckend gering.

Wir haben darum als neue Landesregierung noch vor Weihnachten den NRW-Kommunen 300 Millionen Euro ausgezahlt, ein Beitrag, um ihre Handlungsfähigkeit wieder herzustellen.

Wir wollen den Kommunen mit dem "Stärkungspakt Stadtfinanzen helfen", einem Entschuldungsfonds für besonders notleidende Städte. Und mit dem Gemeindefinanzierungsgesetz sollen die Kommunen in diesem Jahr rund 320 Millionen Euro *mehr* bekommen als im vorigen Jahr.

Dennoch: Es ist eine Riesenaufgabe, vor der wir stehen. Die Kommunen brauchen finanzielle Mittel, aber sie brauchen auch ein hohes, ein höheres Maß an Kooperation und Abstimmung untereinander. Wie gesagt: Bei der „Ruhr 2010“ hat sich gezeigt, wie viel dann in Bewegung gesetzt werden kann. Mit der Städteregion Aachen wird es derzeit erprobt. Die Städte an der Rheinschiene rücken ebenfalls enger zusammen. Es ist wichtig, dass wir diesen Weg nicht wieder verlassen.

Die Kommunen stark machen, ihnen auf Augenhöhe begegnen, sie einbeziehen, sie zur Kooperation ermuntern – das ist nach meiner Überzeugung ein ganz wichtiges drittes Erbstück von dem, was wir von Johannes Rau geistig und politisch übernehmen und künftig auch sehr viel besser behandeln müssen.

(Bildung und soziale Prävention)

Wohl kaum jemand hat früher und klarer erkannt als Johannes Rau, dass Bildung der Dreh- und Angelpunkt von Zukunftsfähigkeit ist. Sowohl für unsere Gesellschaft insgesamt wie für jeden einzelnen Menschen.

Darum entstanden in seiner Zeit als Wissenschaftsminister fünf neue Hochschulen mitten im Revier, darum setzte er als Ministerpräsident auf Gesamthochschulen und neue Fachhochschulen, auf die Einführung der Gesamtschule in Nordrhein-Westfalen und auf mehr Durchlässigkeit im Bildungssystem.

Johannes Rau wusste: Nur hervorragend ausgebildete Menschen können eine hoch produktive Wirtschaft tragen. Und nur eine hoch produktive Wirtschaft wiederum kann Grundlage für gute Löhne und Wohlstand sein.

Er hat aber Bildung nie auf ihren instrumentellen Wert reduziert, nie auf einen bloßen „Standortfaktor“ oder auf „Kapital in den Köpfen.“ Für ihn war Bildung vielmehr ein Wert an sich. Unverzichtbar für ein reiches, gelingendes Leben.

Diese doppelte Botschaft gilt weiter. Wir müssen sie ernst nehmen. Wir müssen dafür sorgen, dass sie für jeden Menschen so früh wie möglich Gültigkeit bekommt.

Darum haben wir uns auf das Ziel verpflichtet, künftig kein Kind zurückzulassen. Darum geben wir auch in finanziell schwierigen Zeiten allein in diesem Jahr eine Milliarde Euro mehr für die Bildung aus.

Das sind Investitionen, die sich mehrfach auszahlen. Weil sie Grundlagen für die hohe Produktivität von morgen legen, weil sie für die Einzelnen Bildungschancen eröffnen, weil sie damit zugleich eine ganz wichtige Form sozialer Prävention sind.

Denn wir entscheiden *heute* darüber,

ob wir in zehn oder zwanzig Jahren mehr Kinder unter die Obhut der Jugendämter stellen müssen, oder weniger,

ob wir mehr junge Menschen im Justizvollzug haben, oder weniger,

ob wir mehr Schulabbrecher haben, oder weniger,

ob mehr Menschen ihre Perspektive auf die Sozialsysteme richten müssen statt auf beruflichen Aufstieg setzen zu können, oder weniger.

Und damit entscheiden wir eben auch darüber, ob in zehn oder zwanzig Jahren ein noch größerer Teil aller öffentlichen Haushalte für soziale Reparaturkosten gebunden ist.

Ich glaube, es ist klar, wie Johannes Rau solche zentralen Zukunftsentscheidungen getroffen hätte (Noch in seiner letzten Rede im Dezember 2005 betonte er: „Politik muss mehr sein als ein Reparaturbetrieb gesellschaftlicher Verwerfungen.“) In dieser Verpflichtung auf soziale Prävention liegt ein weiteres, überaus wertvolles Erbe.

(Zusammenhalt und Integration)

Ich will einen letzten Punkt ansprechen: Was hätte wohl Johannes Rau zur aufgeregten Diskussion des vorigen Jahres zum Thema Integration von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte gesagt?

Er wäre vermutlich – bei all der unerschütterlichen Geduld, die ihn auszeichnete – doch auch fassungslos gewesen, wie viel hier wieder ausbricht und wie viel hier noch nachzuholen ist.

In seiner ersten „Berliner Rede“ hatte er schließlich schon im Mai 2000 so viel von dem gültig formuliert, was im vorigen Jahr wieder neu durch alle Mühlen der Medien gedreht wurde.

Es lohnt wirklich, sich diese Rede noch einmal anzuschauen, die Art, wie dort auch über die Schwierigkeiten des Zusammenlebens gesprochen wird, über die Sorgen

und Ängste, die viele Menschen haben, Einheimische wie Zugewanderte, wie intensiv und ohne falsche Töne da schon alle sogenannten „Tabuthemen“ behandelt werden.

„Ohne Angst und ohne Träumereien: Gemeinsam in Deutschland leben“ hat Johannes Rau diese Rede überschrieben. Er hat viel für dieses gemeinsame Leben getan. Er hat auch nach dem furchtbaren Anschlag auf die Familie Genc Ende Mai 1993 in Solingen an seinem Kurs festgehalten, der auf ein Zusammenleben von Menschen verschiedener Herkunft setzt. (Auch wenn er nach diesem Anschlag eine Zeitlang am Sinn seines politischen Handelns gezweifelt hat).

Denn wo wäre die humane Alternative zu einem Weg, der auf Versöhnung setzt? „Versöhnung“, das klingt für manchen ja harmlos, aber in Wirklichkeit liegt darin ein buchstäblich existenzieller Unterschied.

In unserer eigenen Geschichte haben wir es erlebt und wir erleben es leider weltweit noch viel zu oft, wie schnell Zentrifugalkräfte unbeherrschbar werden, Konflikte sich hochschaukeln und durchaus in Gewalt und Zerstörung enden können.

„Versöhnen statt Spalten, den Anstand wahren, zusammenführen und den Grenzen ihren trennenden Charakter nehmen, Gräben zuschütten“, wie Johannes Rau es formuliert hat, das bleibt darum auch heute unsere tägliche Aufgabe.

Johannes Rau hat uns ein reiches Erbe hinterlassen. Mit den Inhalten, die er gesetzt hat, mit dem Stil, in dem er Politik betrieben hat. Wir haben mit ihm einen unersetzlichen Menschen und eine große Persönlichkeit verloren. Sein großes politisches Erbe haben wir nicht verloren. Wenn wir es annehmen, können wir es sogar mehren. Wir sollten uns dazu verpflichtet fühlen.